



Gleichstellung ist keine Gleichberechtigung

von Gertrud Martin

„Die Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben ist ein Tappenschritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter in ihrer naturgegebenen Andersartigkeit.“ Diese Aussage hat nichts mit Biologismus zu tun sondern mit der Realität menschlicher Existenz. Die Gleichstellungspolitik täte gut daran, sich dieser Realität ohne ideologische Scheuklappen zu stellen.

Klammheimlich ist die Frauenpolitik in Deutschland, aber auch anderswo, von der Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter umgestiegen auf die Forderung nach der „Gleichstellung von Mann und Frau“. Aus der Frauenpolitik wurde Genderpolitik. Allen voran stellt sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in deren Dienst.

Der Definitionsnebel, der die Begriffe Gleichberechtigung und Gleichstellung umwabert, scheint unter Naturschutz zu stehen. Um ihn etwas zu lüften, sei hier eine Klärung versucht: Gleichberechtigt sind Menschen, die unabhängig von ihren Begabungen, Interessen, Alter und Geschlecht Vergleichbares anstreben und leisten dürfen. Das bedeutet: alle haben das gleiche Recht auf Bildung, uneingeschränkte Berufswahl und Ausbildung. Das bedeutet selbstverständlich auch, dass Lohnstarife für Frauen wie Männer gleich sind. Vorbei die Zeiten, da der Ehemann entschied, ob seine Frau erwerbstätig sein dürfe. Vorbei auch die Zeiten, in denen Frauen in „Männerberufen“ nicht geduldet waren. Die Plätze an den Fleischtöpfen sind nicht mehr allein für die Männer reserviert. Gleichstellung kann jedoch nur dann als Gleichberechtigung verstanden werden, wenn die Gleichgestellten auch gleich sind. Sind sie das nicht, entstehen Verzerrungen und Ungerechtigkeit. Und hier kommt der Hauptlehrsatz der Genderwissenschaft ins Spiel, der besagt, dass Frauen und Männer gleich seien, dass das biologische Geschlecht irrelevant und die je andersartige Verhaltensweise, also

das soziale Geschlecht, lediglich konstruiert und anerzogen sei. Dies zu korrigieren sei durch politische Weichenstellungen, bis hin zu Sanktionen erreichbar.

Die Einrichtung der Girlsdays in den Schulen, wenn die Mädchen in die Praxis „männlicher Berufe“ reinschnuppern, wurde etwas verzögert ergänzt durch Boysdays in Pflegeberufen, nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, dass unsere Erwerbswelt eben nicht nur Konstrukteure, Pilotinnen und MINT-Fachkräfte braucht. Aber der durchschlagende Erfolg der Umerziehungsmühen blieb aus: Die große Mehrzahl der Mädchen wählt nach wie vor einen Lebensentwurf wie er seit Menschengedenken von Frauen gelebt wurde. Für immer noch viele gehören Kinder zu einem erfüllten Leben. Sie wählen Berufe, die sich dazu ergänzend einpassen lassen, die die nötigen Freiräume versprechen. Die Diskriminierung, die sie sich damit ein-

handeln, begreifen sie zu spät oder nehmen sie hin: Die Rahmenbedingungen, die Gesellschaft und Politik angeblich im Dienste der Gleichberechtigung setzen, bewirken, dass sie nicht in ihrem Frausein gleichberechtigt sind sobald sie Mütter werden. Sie gelten als selbst schuld an den Folgen.

Anders als in jeder Erwerbstätigkeit verdienen Frauen durch Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit für eigene Kinder nicht das Salz an die Suppe. Sie (bei Rollentausch die Väter) tragen rund um die Uhr die Verantwortung für „unsere Zukunft“. Aber anders als bei einem Verantwortungsträger etwa in der

Waffenproduktion wird ihre Arbeit nicht als lohnwert und systemrelevant angesehen. Im Rentenrecht gilt diese Arbeit als „selbstverschuldete Nichtleistung“. Obwohl es ohne Kinder keine Existenzgrundlage für die Rente gibt, gilt die Bezahlung der Mütterrente aus der Rentenkasse als systemfremd. Die männerorientierte Gleichstellung nutzt nur den Frauen, die aufs Muttersein verzichten!

Tatsächlich gibt es vermehrt Männer, die gerne zur Gleichberechtigung beitragen wollen.

Fortsetzung auf Seite 2



„Zeichnung: ERL / toonpool.com“

Aus dem Inhalt

Wir mischen uns ein	S. 3	Entwurf einer Petition	S. 6
Interview frauengerechte Sprache	S. 4	OXFAM-Studie	S. 8

Fortsetzung von Seite 1

tigung der Frauen – ihrer Frauen – beitragen wollen. Sie beteiligen sich ernsthaft an den Freuden und Mühen der Kindererziehung. Die Familienpolitik proklamiert das „Aufbrechen“ des tradierten Rollenverständnisses als großes Ziel ausgleichender Gerechtigkeit, lobt und tadelt wo es passt und gängelt die Väter durch entsprechende Vorgaben im Elterngeldgesetz. Nachdem für die Familienarbeit aber immer weiter die Bewertung Null gilt, bedeutet der Grundsatz von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Väter Null.

Als Erwerbstätige verdienen Männer meist mehr als Frauen. Beim Elterngeld mit seiner Konzeption als Lohnersatz sind Väter somit im Vorteil, allerdings meist zu Lasten des Gesamteinkommens der Familie.

Nach spätestens 14 Monaten läuft der Elterngeldanspruch aus. Das ist dann das Signal für „moderne“ Eltern, beide ihre Erwerbsarbeit wieder aufzunehmen und ihr Kind in die Fremdbetreuung zu geben. Es gibt keine Gleich-Berechtigung für Trauer und Gewissensbisse der Mutter, die ihr verzweifelt schreiendes Kind in der Kita abliefern. Es gibt nur ihre Gleichstellung im Betrieb. Es gibt auch kein Kindergrundrecht auf die verlässliche Erreichbarkeit eines Elternteils in den ersten drei Lebensjahren. Für jeden kleinen Menschenaffen ist diese eine Selbstverständlichkeit. Nur wir wollen dem kleinen Menschen eine frühest mögliche Unabhängigkeit ankonstruieren. Bei der Risikoabschätzung in der Technik gilt die Regel, dass Risiken möglichst ausgeschlossen bleiben. Man geht „auf Nummer Sicher“. Nicht so, wenn es um die Bindungsrisiken und Spätfolgen geht, die durch frühe Mutterentbehmung bei den Kindern entstehen können. Die Kinder, die augenscheinlich keine Ängste haben oder äußern, sind das Maß der Dinge für alle Kinder. Aber selbst Eltern brauchen mindestens drei Jahre, um ihr Kind als mehr oder weniger robuste und durchsetzungsstarke oder als empfindsame und zartbesaitete Persönlichkeit kennenzulernen.

Der zügige milliardenschwere Ausbau der Angebote der Fremdbetreuung wird als Familienförderung verkauft. In Wirklichkeit ist er die Subventionierung der Abwesenheit der Eltern von den Kindern und des Ausverkaufs der Familie, das Gegenteil von Förderung. Der Schaden, der in den letzten Jahrzehnten dadurch entstanden ist, dass per Rentenrecht die Wertschöpfung der elterlichen Erziehungsleistung enteignet wurde, ist schleichend. Er wurde und wird weitgehend ignoriert. Die Elterngenerationen wachsen mit ihren kleinen Kindern vordergründig aus ihrer jeweiligen Betroffenheit heraus. Gefangen in ihrem alltäglichen Kleinklein und der permanenten Verantwortung für Broterwerb und Kinder arrangieren sie sich so gut es eben geht mit ihrer Situation und rechnen ökonomische und soziale Engpässe eigener Unzulänglichkeit zu. Sie sind dankbar für die Angebote der „Entlastung“ durch die staatlich organisierte Betreuung in Krippe, Kita und Ganztagschule. Gleichzeitig verkümmert ihre Erziehungskraft und -kompetenz, bis hin zum dramatischen Versagen. Die Coronakrise hat es erstmals richtig deutlich werden lassen: Die Eltern sind ungeübt bis hilflos beim Gestalten eines normalen Alltags mit ihren Kindern. Die gleichzeitig zu bewältigende Aufgabe der Erwerbsarbeit im homeoffice hat die Verlogenheit der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ entlarvt. Die Eltern stöhnen unter der Doppelbelastung und seitens der Gleichsteller*innen ertönt laut der Ruf: „Kinder brauchen Kinder!“ Dabei an Geschwister zu denken scheint inzwischen abwegig. Wann jemals hörte man: „Kinder brauchen Eltern!“?

Schon zu Nicht-Krisenzeiten gestalteten die Familien die gemeinsame Freizeit zunehmend außer Haus. Die überall an jedem Wochenende stattfindenden „Events“ werden gerne aufgesucht. Die Küche bleibt kalt, zugunsten von Grillwurst und Pommes. Nicht selten räumen Eltern ein, dass sie ihre Erwerbstätigkeit der Familienarbeit vorziehen, nicht nur weil damit Geld zu verdienen ist, sondern weil sie weit weniger stressig sei. Kinder sind zur unzumutbaren Last geworden: „Wie gut haben es die Kinderlosen! Sie gönnen sich Ausschla-

fen, beliebige Freizeit- und Urlaubsgestaltung und manches, das für Familien außerhalb der ökonomischen Möglichkeiten liegt. Dazu hin zahlen unsere Kinder im Alter ihre Rente!“ Solche Aussagen haben nichts mit einer Neiddebatte zu tun. Sie kennzeichnen die Rahmenbedingungen, die bei jungen Menschen die Bereitschaft, sich auf Kinder einzulassen, zunehmend schmälern. Die Statistik bestätigt die um sich greifende „Kultur gewollter Kinderlosigkeit“.

Unsere politisch Verantwortlichen preisen die Vorzüge der Zuwanderung junger Menschen aus anderen Ländern und stellen für deren Integration hohe Summen bereit, statt die Ausbeutung unserer Familien ehrlich zu definieren und zu beheben. Auch weite Teile unserer Gesellschaft sind dafür blind und taub. Erinnert sei hier an das Schicksal des 2013 eingeführten Betreuungsgeldes, das infolge einer unsäglichen rhetorischen Schlammschlacht („Herdprämie“, „Frauen zurück an den Herd“, „Dummhalteprämie“, „Frühkindliche Bildung kann nur in öffentlicher Betreuung geleistet werden. Eltern sind dazu nicht imstande!“) und dank eines fadenscheinig begründeten Urteils des BVerfG 2015 wieder abgeschafft wurde.

Besonders hervorgetan haben sich in dieser diffamierenden Debatte die Feminist*innen! Ihre Vorstellung von Gleichberechtigung verneint die von der Natur vorgegebene Ordnung von Zeugung, Gebären und familiärer Bindungsverantwortung: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Sie schließen die Mütter aus ihrem Pseudo-Engagement für Gleichberechtigung aus, es sei denn es geht um die Gleichstellung in der Erwerbstätigkeit.

Aus dieser Analyse lässt sich unschwer das Fazit zur Situation der Familie ziehen: Um ihrem weiteren Niedergang entgegenzuwirken, muss den Eltern für ihre Familienarbeit eine angemessene Entlohnung bezahlt werden. Man könnte diese vergleichen mit den öffentlichen Aufgaben zur Daseinsvorsorge (Zuständigkeit für Umweltpolitik, Infrastruktur etc.). Es geht hier um nichts weniger als um die Existenzsicherung des Staates. Unser Vorschlag der praktischen Umsetzung ist zunächst die Forderung, das Elterngeldgesetz zu reformieren. Wir müssen wegkommen von dessen Lohnersatzfunktion. Elterliche Erziehungsarbeit ist als eigenständige Leistung anzuerkennen und die für das Elterngeld angesetzten Mittel sind in gleicher Höhe für die Dauer der ersten drei Lebensjahre eines Kindes den Eltern auszuzahlen. Diese entscheiden dann selbst, ob sie das Geld als Lohn für ihre Arbeit betrachten oder zur Finanzierung einer von ihnen frei gewählten Fremdbetreuung einsetzen. Allerdings ist die vermehrt gestellte Forderung, die Kita-Gebühren abzuschaffen, kein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Im Gegenteil: Das Defizit gegenüber den selbst betreuenden Eltern würde weiter vergrößert.

Betr. Unsere Jahresversammlung 2020

Liebe Mitglieder,

in der Fh 2/2020 haben wir die Jahresmitgliederversammlung als auf den Herbst verschoben angekündigt.

Nachdem sich die Corona-Verunsicherung aber nicht wesentlich verändert hat, prüfen wir derzeit, ob wir die Versammlung rechtmäßig nicht doch auch ausfallen lassen oder ob wir sie per Mail- bzw. Postversand abwickeln können. Einen wirklichen Versammlungstermin in Stuttgart planen wir aktuell nicht.

Johannes Resch,

Vorsitzender Verband Familienarbeit e.V.

Geschickte Briefe

Leserbrief zu (ewk): „Mann und Frau – noch lange nicht das gleiche“, Schwarzwälder Bote vom 29.06.2020, Kreisseite
Mal ehrlich: wer – sofern mit gesundem Menschenverstand begabt – erwartet, dass Mann und Frau jemals das Gleiche seien? Auch wenn offiziell jetzt immer so getan wird und unser Leben so hingebogen werden soll? Die Gleichstellungsbeauftragte des Landratsamts hat – „gemäß einem baden-württembergischen Gesetz“ – einen Chancengleichheitsplan für die Kreisverwaltung vorgestellt für eine paritätische Beschäftigung von Männern und Frauen. Und die Kreisräte haben tapfer genickt und bestätigt, dass künftig Männer zugunsten von mehr Frauen auf eine Beschäftigung beim Landratsamt verzichten sollen. Herr Hinterseh lobte des Kaisers neue Kleider ergänzend: „Nur wenn die Potenziale von Frauen und Männern gleichermaßen genutzt werden, können wir die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern.“ Schlimm, dass seine Verwaltung ohne diese Balance seither so ineffizient gewesen sein muss!

Im Landratsamt arbeiten ausschließlich Tarifbeschäftigte und Beamte. Das heißt, dass hier die zentrale Forderung für die Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte bei der Entlohnung automatisch erfüllt ist und keiner weiteren Aufsicht durch eine Gleichstellungsbeauftragte bedarf. Einen Kindergarten gibt es auch schon, um die Kinder der Beschäftigten unterzubringen. So kann sich die Gleichstellungsbeauftragte weiterhin mit „Analysen der Situation und der gleichberechtigten Gestaltung der Lebenswirklichkeit und der beruflichen Wirklichkeit von Frauen und Männern in der Verwaltung“ befassen. Gut, wenn wir keine größeren Probleme haben!

Gertrud Martin, VS-Villingen

„Mutter werden ist teuer“, Badische Zeitung vom 23.6.2020

(Leserbriefe zu diesem Thema von Roswitha Seidelmann, Freiburg, und Horst Palmer, Endingen)

Es ehrt Herrn Palmer als Mann, wenn er an die Verantwortung der Väter appelliert. Aber auch Staat und Gesellschaft haben eine solche und müssen durch entsprechende Rahmenbedingungen Gleichberechtigung/Gleichwertigkeit schaffen zwischen Mann und Frau, Eltern und Nicht-Eltern (die von den Kindern der anderen profitieren, denn wir haben einen Generationenvertrag). Natürlich bedeuten Kinder auch Freude und Bereicherung. Aber lassen Menschen am Ende des Monats den Lohn liegen, wenn sie durch ihre Erwerbsarbeit Erfüllung erfahren? Wir leben in einem monetären, kapitalistischen System und ich habe in meiner 15-jährigen Erfahrung auf einer Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen und in meinem Umfeld keine Mutter erlebt, die nach Trennung, Scheidung, Tod des Kindsvaters vom Kinderglück existieren konnte.

Wer wie Frau Seidelmann meint, man könne den Lebenssinn durch Kinder nicht aufrechnen, hat zwar Recht, möge sich aber doch bitte mal mit den Themen Eherecht (Zugewinnngemeinschaft, die während der Ehe Gütertrennung bedeutet), dem Unterhaltsrecht, Witwenrenten etc. befassen.

Thea Philipp-Schöllermann, Grenzach-Wyhlen

Sehr geehrte Frau Ministerin Giffey, als Großmutter zweier Mädchen im Alter von 7 und 9 Jahren befasse ich mich derzeit mit deren Umgang mit verschiedenen Filmen im Netz. U.a. stelle ich fest, dass sie wie elektrisiert sind von Sendungen, die sich mit Kleidungs- und Schminktipp (natürlich in „Mädchenfarben“) und Wettbewerben von Mädchen um das „attraktivste“ Aussehen befassen.

Ich bin nur noch fassungslos und frage mich, warum wir Frauen seit Jahrzehnten darum kämpfen nicht, nur über unsere Äußeres definiert zu werden. Diese Sendungen (viele auf „youtube“) vermitteln

WIR MISCHEN UNS EIN – AUS DER AKTUELLEN PRESSEARBEIT UNSERES VERBANDES –

Pressemeldung vom 27.07.2020 zum Thema: Familienquote statt Frauenquote?

In der CDU wird derzeit eine Frauenquote für die höheren Parteiliegremien angestrebt, die bis 2025 50% erreichen soll. Kann das wirklich zu mehr Gerechtigkeit führen?

Vor gut 100 Jahren waren Frauen nicht wahlberechtigt. Das hatte Folgen, die bis heute nachwirken. So wird auf breiter Ebene der „Gender-Pay-Gap“ beklagt, der Frauen ärmer mache. Bei genauem Hinsehen ist die Benachteiligung aber gar nicht mehr direkt an das Geschlecht gebunden, sondern an die überwiegend von Frauen geleistete häusliche Erziehungsarbeit. Wird diese von Männern übernommen, geht auch die Benachteiligung auf die Männer über. Dr. Resch vom Verband Familienarbeit dazu: *„Auf die Spitze getrieben wurde die Diskriminierung der elterlichen Erziehungsarbeit und damit überwiegend der Frauen durch die von der Adenauer-CDU veranlasste Rentenreform 1957. Seitdem zahlen die erwerbstätig gewordenen Kinder an fremde kinderlose Rentner/innen meist höhere Renten als an die eigenen Eltern. Das ist die Folge davon, dass der Rentenanspruch sachwidrig allein an Erwerbsarbeit gebunden wurde, obwohl die Renten ausschließlich von den Kindern der jeweiligen Rentnergeneration bezahlt werden müssen. Die eigenen Renten einer Generation werden damit ausschließlich durch Kindererziehung und damit überwiegend von den Müttern erarbeitet und nicht etwa von den Rentnern selbst. Die Rentenbeiträge der Erwerbstätigen dienen dagegen zu 100% der Finanzierung der aktuellen Renten, tragen also zur eigenen Rente gar nichts bei. So hat unsere Sozialgesetzgebung die Familie zu einem „unrentablen Unternehmen“ gemacht, in dem die Erziehungsarbeit und die Kinder zum Kostenfaktor geworden sind, während sie zuvor eine Investition in die eigene soziale Sicherheit bei Alter und Krankheit waren. Schon der 5. Familienbericht für die Bundesregierung (1994) hat das als „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ gebrandmarkt. Eine Korrektur ist bis heute nicht erfolgt.“*

Auch der „Gender-Pay-Gap“ ist vor allem die Folge unserer mütterfeindlichen Sozialgesetzgebung. Bei kinderlosen Frauen gibt es den „Gap“ kaum noch. Andererseits muss die Benachteiligung der Mütter immer von den Vätern mitgetragen werden. Es handelt sich also im Grunde um einen vom Gesetzgeber künstlich geschaffenen **Parent-Pay-Gap**. Eine Frauenquote wird an dieser politischen Fehlsteuerung nichts ändern. Um das Problem an der Wurzel zu packen ist eher eine **Familienquote**, die dem Bevölkerungsanteil von Eltern und Kindern gerecht wird, angezeigt. Tatsächlich hat sich aber der Elternanteil z.B. im deutschen Bundestag nach der letzten Wahl von 68 % auf 62 % vermindert. Im 11. Bundestag (ab 1987) lag der Anteil der Eltern noch bei 81%. Die Präsenz von Eltern im Bundestag und damit auch die Vertretung der in die Zukunft gerichteten Kinderrechte hat sich also dramatisch verschlechtert.

Von einer Frauenquote ist nicht mehr Gerechtigkeit zu erwarten.

 Zusammenfassung J. Resch

Werte, die ich für sehr gefährlich halte. Wie sollen wir Gleichberechtigung bekommen, wenn es nur noch um Äußerlichkeiten geht? Wenn eine 9jährige völlig unbegründet sagt, sie sei zu dick? Was kann das Familienministerium dazu beitragen, dass dieser Unsinn eingedämmt wird?

Mit freundlichen Grüßen
 Wiltraud Beckenbach

Interview zur frauengerechten Sprache

Maria Elisabeth – „Marlies“ – Krämer wurde 1937 im Saarland geboren. Sie ist Feministin, Umweltschützerin, Autorin und Kommunalpolitikerin. Ihr Herzsthema ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Sprache. Dieses Anliegen vertritt sie mit Nachdruck und durchläuft eine gerichtliche Instanz nach der anderen, um die Weiblichkeit auch in der Sprache durchzusetzen. Wir haben Frau Krämer in der Fh 2/2020, S. 3 oben, bereits vorgestellt.

Bekannt wurde sie 2018 damit, die Saarbrücker Sparkasse verklagt zu haben, weil sie nicht als „Kunde“ oder „Kontoinhaber“ angesprochen werden wollte, sondern als „Kundin“ und „Kontoinhaberin“. Die Klage wurde vom Amtsgericht, vom Landesgericht, vom Bundesgerichtshof und vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen.

Viele Jahre zuvor bekamen auf ihre Initiative hin Tiefdruckgebiete im Wetterdienst nicht nur weibliche, sondern dann auch männliche Namen.

Fh: Liebe Frau Krämer. Was ist Ihr „Warum“? Gab es einen Auslöser, einen Aha-Moment, der Sie bis heute antreibt, sich für Ihr Thema einzusetzen?

M.K.: Als mein erster Mann verstarb, stand ich ganz alleine da mit vier Kindern. Ich wurde sozusagen in eiskaltes Wasser geschmissen. Ich hatte keine Ahnung, wie es weitergehen sollte. Bis dahin war ich eine folgsame, katholisch erzogene Hausfrau, die alles gemacht hat, was in dieser Zeit gefordert wurde, ohne nachzudenken. Ich habe immer gesagt: Ich bin eine hirnlose Mitläuferin. Bis ein Mann mich darauf aufmerksam machte, dass man als alleinerziehende Mutter von vier Kindern keine hirnlose Mitläuferin sein kann. Dieser Mann wurde später mein Lebensgefährte und Mentor. Durch ihn begriff ich, wie mit Frauen umgegangen wird. Ich habe das früher immer mitgemacht, doch durch seine Worte wurde ich richtig rebellisch. Ich merkte: Vieles läuft falsch. Ich hatte kein Geld, aber vier kleine Kinder. Ich habe geputzt, habe an einem Imbiss verkauft, ich habe serviert, ich habe alles gemacht, um meine Kinder und mich durchzubringen. Als ich meinen Lebenspartner kennenlernte, wendete sich das Blatt für mich. Er half mir, die Monotonie des anezogenen Klischeedenkens beiseitezulegen. Als mein Gedankspotential erst einmal Luft hatte, bin ich losmarschiert. Er war immer für mich da, war an meiner Seite und unterstützte mich.

Durch ihn habe ich gelernt, anders zu leben.

Lassen Sie uns auf den Anfang Ihres Lebens zurückblicken: Wie sind Sie aufgewachsen?

Ich war die älteste von vier Kindern. Nach dem Krieg, da war ich sechs oder sieben Jahre alt, waren wir sehr arm. Mein Vater war Gärtner, diese Arbeit machte ihm Spaß, er war kreativ in seinem Tun. Aufgrund der Armut hatte ich immer Kleidung und Schuhe von anderen Leuten an. Meine Füße waren dadurch deformiert. In der Schule fielen mir die Fremdsprachen leicht, ich hätte sie gerne studiert, doch war dies aufgrund unserer finanziellen Situation nicht möglich. Meine Lehrerinnen setzten sich dafür ein, dass ich ein Stipendium bekomme, was auch klappte. Doch dann wurde mir kurzerhand eine Stelle als Verkäuferin angeboten, und mein Vater als Patriarch der Familie entschied, ich solle diese annehmen, da ich ohnehin heiraten und

starb, stand seine Mutter mit sieben Kindern alleine da. Das war für alle Beteiligten die Hölle. So wurde mein Vater groß. Meine Mutter wiederum glaubte alles, was die Kirche sagte. Sie war die liebste und beste Mutter, die es für uns Kinder überhaupt geben konnte. Aber sie hatte für sich entschieden, um des lieben Friedens willen – auch wegen uns Kindern – sich unterzuordnen. Das ist für mich heute noch schwer nachvollziehbar.

Als Ihre Kinder groß waren, haben Sie sich entschieden doch noch zu studieren?

Das war das Beste, was mir als Frau passieren konnte, denn dabei sind sämtliche patriarchalen Knoten im Kopf geplatzt. Nichts und niemand konnte mich nun mehr aufhalten. Wenn manche Frauen sagen: „das könnte ich gar nicht, das schaffe ich nicht...“ entgegne ich: „das habe ich auch immer gedacht!“ Die ganzen patriarchalen Zöpfe müssen einfach abgeschnitten werden. Wir müssen uns wieder auf unsere eigenen Bedürfnisse besinnen. Dann kommen die Frauen erst richtig in Fahrt.

Von 1990 bis 1996 hatten Sie keine staatliche Legitimation. Wie kam es dazu?

Ich weigerte mich, bei Beantragung meines Ausweises, diesen als Mann zu unterschreiben. Ich lasse mich nicht geschlechtsumwandeln, auch nicht sprachlich! In dieser Zeit gab es langwierige EU-Verhandlungen, die zum Ergebnis führten, dass in allen Ausweisen stehen muss: „Unterschrift der Inhaberin / des Inhabers“. Das war 1996. Erst danach hat der Bundesrat diese Richtlinien ebenfalls übernommen.

Ihr Einsatz für die gendergerechte Sprache, stößt auch medial auf viel Interesse

Das ist richtig. Vor vielen Jahren machte mich eine Journalistin (Elke Diehl) darauf aufmerksam, dass Tiefdruckgebiete ausschließlich weibliche Namen haben. Wir entschieden uns, das Thema ebenfalls anzugehen. Ich habe Plakate entworfen, mit denen wir vor dem Meteorologischen Institut in Berlin demonstrierten. Auf diese Initiativen hin wurde eine Kommission einberu-



Zeichnung © Stefanie Hättich

Kinder kriegen würde! Wozu also studieren!? Damit war die Chance für mich vertan. Erst später, als die Kinder aus dem Haus waren, habe ich ein Soziologie-Studium absolviert.

Hat Ihr Vater anerkannt und geehrt, was Ihre Mutter für die Familie und in Folge für die ganze Gesellschaft getan hat?

Nein. Er war Patriarch. Obwohl wir sehr unter ihm gelitten haben, möchte ich heute sagen: Er war Gefangener seiner eigenen Erziehung. Als sein Vater im ersten Weltkrieg

fen, die dann entschieden hat, dass seit 1999 die Namensgebung beim Wetter jährlich wie folgt geändert werden muss: Ein Jahr weibliche Namen für Hochs, männliche Namen für Tiefs – im nächsten Jahr dann umgekehrt. Mein wichtigstes Argument dabei war: Tief ist immer unten, hoch ist immer oben. Das ist die patriarchale Struktur par excellence. Ich wusste gar nicht, welche Wellen dies schlagen würde. Als es das erste Mal in der Presse stand, saß ich am nächsten Tag von morgens um halb sieben bis abends um viertel nach sechs am Telefon. Ich konnte es gar nicht fassen, dass dieses Thema so einschlägt, wo doch alle immer sagen: Es gibt Wichtigeres.

Ein Fall, den ich seit vielen Jahren von einer zur nächsten Instanz trug, ist die Klage gegen die Saarbrücker Sparkasse. Es geht darum, dass ich nicht als „Kontoinhaber“ und „Kunde“ angesprochen werden möchte, sondern als „Kontoinhaberin“ und „Kundin“. Vor wenigen Wochen habe ich die Information bekommen, dass die Klage, die ich vor zwei Jahren beim Bundesverfassungsgericht eingereicht habe, nicht angenommen wurde. Sofort bekam ich Anrufe von der Presse, sogar ein Übertragungswagen stand vor meiner Tür.

Ist aus Ihrer Sicht die geschlechtergerechte Sprache immer und überall anwendbar? Nehmen Sie dafür Formulierungen, die als unschön empfunden werden können oder einen Text schwer lesbar bis unverständlich werden lassen, auf jeden Fall in Kauf?

Das gibt es gar nicht. Alles, was ich lese kann ich ohne Probleme so formulieren, dass beide, also Frau und Mann erwähnt werden und dass keiner dieser beiden vernachlässigt ist. Die gleichberechtigte Sprache hat intensiv von mir Besitz ergriffen, sie ist in jeder Faser meines Körpers. Wir könnten statt „Schreiber“ oder „Schreiberin“ einfach sagen: „Schreibende“. Alternativ zu „Leserin/Leser“ kann „Lesende“ gesagt werden. Für mich steht fest: Im generischen Femininum sind beide enthalten. Übrigens verwendet die Uni Leipzig schon seit 2013 das generische Femininum, mit dem Vermerk, dass die Männer da drin mit genannt sind. Beispiel: die/der Bürgerin. Wenn wir das „in“ zuhalten, ist er immer noch da. Also wird sowohl die „Bürgerin“ als auch der „Bürger“ angesprochen.

§28 des Saarländischen Gleichstellungsgesetzes besagt, dass das generische Maskulinum als einzige Sprachform nicht zulässig ist. Dort wird die Paarformel gefordert, wie „die Inhaberin/der Inhaber“ (Anmerkung: die Frauen müssen immer zuerst genannt werden; alphabetisch kommt das F vor dem M) oder wenn möglich alternativ „Studierende“ oder „Schreibende.“

Die / Der Bürgerin: Da fällt mir sofort die „Sternchen-Schreibweise“ ein. Was halten Sie generell von der Erfindung des „Sternchens“?

Ich lehne sie total ab. Das „Sternchen“ trennt uns Frauen ja schon wieder vom Hauptwort ab. Ich habe als Frau das verfassungsmäßig legitime Recht, nach Artikel 3, dem Gleichstellungsgrundsatz unseres Grundgesetzes, in Sprache und Schrift als ganze Frau erkennbar zu sein, und nicht zerstückelt von dem Spaltwerkzeug „Sternchen“ mitten im Wort. Wir Frauen stellen mit 52% die Mehrheit der Bevölkerung dar und kommen in unserer Muttersprache nicht vor. Als gäbe es uns gar nicht! Das ist die größte Diskriminierung und vor allem die erste Gewalt, die uns Frauen angetan wird. Mit der sprachlichen Ausgrenzung erleiden wir zudem eine gesellschaftlich viel geringere Wertschätzung als Männer, die immer präsent sind, weil sie genannt werden, während wir Frauen mit dem generischen Maskulinum systematisch totgeschwiegen werden! Deshalb verwahre ich mich auch gegen die Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs (BGH), wir würden dadurch keinen Schaden erleiden.

Haben Sie das Gefühl, dass „die Frau“ und alles, was sie tut, in unserer Gesellschaft nicht wertgeschätzt wird?

FamilienFachFrauen üben 16 Berufe in einer Person aus und erwirtschaften mit ihrer kostenlos erbrachten Leistung fast 66% des Brutto sozialproduktes! Welcher Mann vereinigt so viele Berufe in einer Person? Keiner! Wir FamilienFachFrauen leisten die fundamentale Arbeit für Staat und Gesellschaft. Zum Nulltarif! Ohne Arbeitszeitverkürzung! Ohne Urlaubsanspruch! Ohne eigene Rente! Die Gelder werden in Leben zerstörenden Projekten verpulvert, anstatt sie in die wichtigste Zelle des Staates – die Familie – zu investieren; denn: FamilienFachFrauen halten den Motor des Staates am Laufen! Dennoch spricht uns der BGH das Recht ab, explizit in der Sprache genannt zu werden, weil wir in dem generischen Maskulinum mit gemeint seien. Das ist gelinde gesagt eine Unverschämtheit.

Auch sehe ich die Sprache als Droge: Sie kann behilflich sein, wenn erforderlich, aber sie kann auch total zerstören. Die Sprache ist unser wichtigstes Integrationsmittel und unser höchstes Kulturgut. Sie bestimmt unser Denken, Fühlen, Reden und Tun. So, wie wir in der Sprache vorkommen, werden wir auch beachtet, nämlich überhaupt nicht, und darüber hinaus äußerst mies behandelt. Überall dort, in den hochdotierten Chefetagen, wo die Macht und die Gelder verteilt werden, sitzen ausschließlich Männer, die über eine Welt bestimmen, in der wir alle leben. Und so sieht die Welt letztendlich

auch aus. Des Profitdenkens wegen wird alles gegen die Wand gefahren. Und unsere Kinder haben keine Perspektiven mehr, weder gesundheitsmäßig, noch erwerbsmäßig, noch umweltmäßig.

Sie sind auch als Umweltschützerin aktiv?

Ich lebe nach aus der Lebenserfahrung heraus gewonnenen Überzeugungen, konsequent, ohne Wenn und Aber. Ich habe bei der Geburt meiner vier Kinder die Verantwortung für deren Leben und Zukunft übernommen. Diese kann ich nicht delegieren. Ich muss so leben, dass sie noch eine Chance haben. Ich bin ein Teil der Natur. Und wenn ich die zerstöre, zerstöre ich mich und das Leben meiner Kinder. Ich bin eine in Zusammenhängen denkende Frau. Für mich gehört alles zusammen. Ökologie und Ökonomie sind unabdingbar miteinander verbunden. Der beste Erwerbsarbeitsplatz nutzt uns gar nichts mehr, wenn rund herum alles zerstört ist. Und auch das Geld nutzt uns nichts. Das können wir nicht atmen, nicht essen und nicht trinken.

Welche sind Ihre nächsten Projekte? Welche Veränderungen wünschen Sie sich noch? Oder haben Sie alles erreicht, was Sie erreichen wollten?

Noch lange nicht. Alleine, wenn ich die Werbung sehe: „Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“, so etwas Blödes. Es gibt noch so vieles, was ich angehen möchte. Das Wichtigste ist die Sprache. Es gibt einiges, was in unserer Sprache „versaut“ wird. Wir sind umgeben von Stereotypen. Eine dieser Stereotypen sind die Verkehrsschilder. Zwei Personen auf einem Verkehrsschild sind immer Frau und Kind. Und eine Person auf einem Verkehrsschild ist immer ein Mann. Das impliziert uns ganz subtil: Kinder gehören zu den Frauen und die Männer haben mit ihnen nichts am Hut. Das prägt sich schon früh in den Köpfen ein.

Gibt es etwas, was Sie noch ergänzen möchten?

Die Sprache ist das A und O für alles! Wir haben den „Gemeinnützigen Verein zur Erlangung der sprachlichen Gleichberechtigung“ mit Sitz in Sulzbach gegründet. Ich werde einen offenen Brief formulieren und an einige ranghohe Politiker schicken. Auch Unterschriften wollen wir dazu sammeln. Wir freuen uns über Unterstützer und die Bekanntmachung unserer Arbeit.

Liebe Frau Krämer, ich danke Ihnen für das interessante und lebhaftes Interview. Für Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und privat vor allem Gesundheit.

Das Interview wurde geführt von Jennifer Ehry-Gissel

Verband Familienarbeit e.V. – AnsprechpartnerInnen

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender

Dr. Johannes Resch, Bürgermeister-
Stöcklein-Str. 9, 76855 Annweiler
Telefon 0 63 46 / 9 89 06 28
E-Post: jresch@familienarbeit.org

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Jennifer Ehry-Gissel, Im Pflanzgewann 6,
64404 Bickenbach, Tel.: 0 62 57 / 6 46 92 85
E-Post: jehry-gissel@familienarbeit.org

Ute Steinheber, Ahornstr. 15
75382 Althengstett, Tel. 0 70 51 / 48 10
E-Post: usteinheber@familienarbeit.org

Schatzmeisterin

Gertrud Martin, Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 0 77 21 / 5 61 24
E-Post: schatzmeisterin@familienarbeit.org

Beisitzerinnen

Dr. Dorothea Böhm,
Am Alten Dreisch 32 B
33605 Bielefeld, Tel. 05 21 / 9 20 14 44
E-Post: dboehm@familienarbeit.org

Beri Fahrback-Gansky,
Georg-Elser-Weg 14
74564 Crailsheim, 0 79 51 / 9 6 25 02
E-Post: bfahrback-gansky@familienarbeit.org

Maria Schmid,
74080 Heilbronn, Tel. 0 71 31 / 2 77 13 93
E-Post: mschmid@familienarbeit.org

Geschäftsstelle

Gudrun Nack, Vaubanallee 4,
79100 Freiburg / Brsg.,
Tel. + Fax: 07 61 / 400 20 56,
E-Post: geschaeftsstelle@familienarbeit.org

Materialstelle

Gertrud Martin (siehe Schatzmeisterin)

Redaktion „Familienarbeit heute“

Gertrud Martin, Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 0 77 21 / 5 61 24
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Internet-Portal

www.familienarbeit-heute.de

Weitere Kontaktstellen

Bundesweit vertreten Mitglieder die Interessen unseres Verbandes. Wer eine/n Ansprechpartner/in in der Nähe des eigenen Wohnortes sucht, wende sich bitte an den Bundesvorsitzenden Dr. Johannes Resch (siehe oben). Er stellt gerne einen Kontakt her.

Geplante Petition beim Bundestag

Das Bündnis „Rettet die Familie“, zu dem unser Verband Familienarbeit gehört, plant im Herbst eine Petition beim Bundestag einzureichen, mit der die Gleichberechtigung aller U3-Kinder gefordert wird. Der Entwurf – Stand 01.09.2020 – ist hier abgedruckt.

Heute werden die Rechte der U3-Kinder vom Gesetzgeber in sehr unterschiedlicher Weise behandelt. Für Kinder, deren Eltern sich an staatlichen Empfehlungen orientieren (rasche Aufnahme der Erwerbstätigkeit nach einer Geburt, Krippenbetreuung ab 2. Lebensjahr) wird ein weit höherer Geldbetrag zur Verfügung gestellt als für Kinder, deren Eltern ihre eigenen von den staatlichen Vorgaben abweichenden Vorstellungen zur Erziehung ihrer Kinder verwirklichen wollen. Durch diese indirekte Bevormundung der Eltern wird deren Bemühen, sich am Kindeswohl zu orientieren, massiv erschwert. Die Folge ist eine entsprechende Einschränkung des wichtigsten Rechts der Kinder, nämlich des Rechts auf Betreuung durch die eigenen Eltern.

Der Verband Familienarbeit fordert alle Personen auf, unabhängig davon ob sie eigene Kinder haben oder nicht, diese Petition zu beachten, sie zu unterstützen und weiter zu verbreiten. Unsere Mitglieder werden wir zeitgerecht informieren. Bei der Erzielung des Quorums von 50.000 Unterzeichnern ist der Petitionsausschuss des Bundestags dazu verpflichtet, sich mit dieser Petition zu beschäftigen.

Gleiches Recht für alle Kinder

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass alle staatlichen, steuerfinanzierten Transfer- und Subventionsleistungen für die Pflege, Betreuung und Bildung der Kinder im U3-Alter (Elterngeld, Subventionen für Kinderkrippen u.a.) für jedes Kind in gleicher Höhe und unmittelbar der Familie zufließen, unabhängig vom Einkommen der Eltern und der von ihnen gewählten Betreuungsform. Das Geld kann dann von den Eltern wahlweise zur Finanzierung der Eigenbetreuung oder einer selbst gewählten Fremdbetreuung verwendet werden.

Begründung:

Derzeit ist der direkte staatliche Finanztransfer an Eltern zum großen Teil daran geknüpft, dass Eltern parallel zu ihrer Elternschaft einer Erwerbsarbeit nachkommen. Darüber hinaus werden für ein Kind in Fremdbetreuung über verschiedene Gesetze des Bundes und der Länder Leistungen in unterschiedlicher Höhe im Bereich von 1.000,- bis 3.000,- € pro Monat (je nach Bundesland, Einrichtung, Kind) ausgegeben.

Damit werden entgegen dem GG, Art. 6 Abs 1,2,4, Eltern in ihrem Recht auf Schutz ihrer Fürsorge- und Erziehungsarbeit eingeengt und einseitig die Eltern begünstigt, die die Erziehung ihrer Kinder nach außen delegieren. Darin liegt eine erhebliche, auch mit Art 3 GG nicht vereinbare Ungleichbehandlung aller Familien und darüber hinaus eine Benachteiligung von Eltern, die mehrere Kinder in geringerem Abstand erziehen oder sich für ein Nacheinander von Erziehungs- und Erwerbsarbeit entscheiden.

Direkte Transferleistung: Elterngeld

Grundsätzlich ist der Staat zur Gleichbehandlung bei steuerfinanzierten Leistungen an einzelne Bürger verpflichtet. Der identische Tatbestand von Elternschaft (und damit jedes einzelne Kind) wird durch ein zweites, damit nicht in Sachzusammenhang stehendes Kriterium, nämlich paralleler oder vorangegangener Erwerbstätigkeit und Verdiensthöhe der Eltern, in unterschiedlicher Weise gewertet. Das verstößt auch gegen das Sozialstaatsgebot, da die Ungleichbehandlung namentlich beim Elterngeld zulasten der sozial Schwächeren erfolgt. Die Behauptung, das Elterngeld habe Lohnersatzfunktion wie Krankengeld oder Arbeitslosengeld widerspricht jeder sachlichen Bewertung, da die Betreuung eines Säuglings nicht als Schadensfall zu behandeln ist wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit und deshalb keiner Ersatzleistung bedarf. Kinderbetreuung ist vielmehr eine Arbeit, die nicht mit einem Lohnersatz, sondern nur mit einem Lohn bewertet werden kann. Das ist auch deshalb gerechtfertigt, da diese Arbeit aufgrund unseres umlagefinanzierten Sozialsystems nicht mehr nur den Eltern zugutekommt, wie das früher der Fall war, sondern der gesamten Gesellschaft.

Indirekte Transferleistungen:

Kitaförderung

Auch die indirekten Transferleistungen, also die steuerfinanzierte vorschulische Betreuung, behandelt Familien ungleich. Nur Familien, die sich für eine Fremdbetreuung unter staatlicher Kontrolle entscheiden, erhalten Anteil an diesen Subventionen. Alle Familien, die sich für andere Sorgestrukturen entscheiden, weil sie vom Elternrecht des GG Art. 6 Gebrauch machen und ihre Kinder eigenverantwortlich erziehen wollen, gehen leer aus. Dafür gibt es keine sachliche Begründung. Die Ungleichbehandlung hat einen sogar grundgesetzwidrigen Charakter (Verstoß gegen Art. 3 und Art 6, Abs. 1, 2, 4), weil sie nicht nur Gleiches (Erziehung von Kindern) ungleich behandelt, sondern dabei das Recht der Eltern auf die Entscheidung über das Wohl ihres Kindes in unzulässiger Weise beschneidet.

■ Johannes Resch

Familienarbeit heute

Herausgeber: Verband Familienarbeit e.V.
www.familienarbeit-heute.de

Redaktionsanschrift: Gertrud Martin,
Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 07721/56124
E-Post: bundesvorstand@familienarbeit.org

Redaktion für diese Ausgabe:
Gertrud Martin (verantw.); Wiltraud Beckenbach,
Silke Bürger-Kühn. Fotos: Privat.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe:
30.09.2020

Satz und Layout: Revellio, Druck und Medien
Druck: Revellio, Druck und Medien GmbH, Villingen

Familienarbeit heute erscheint vierteljährlich. Der **Bezugspreis** ist im Mitgliedsbeitrag (45 Euro/Jahr) enthalten.

Jahresabonnement: 15 Euro einschließlich Versand

Alle Rechte vorbehalten. Sämtliche Inhalte sind urheber/innenrechtlich geschützt. Nachdruck – in unveränderter Form und mit Quellenangabe – erwünscht. Belegexemplare werden gern entgegengenommen. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt identisch mit der Meinung der Redaktion oder des Verbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Bitte geben Sie auf LeserInnenbriefen – auch auf E-Mails – Ihre Adresse und Telefonnummer an. Kürzungen behalten wir uns vor. Bei veröffentlichten Briefen trägt die Redaktion die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung.

Für alle genannten Internetadressen, Verweise / Links und dorthin Inhalte gilt die Version zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Redaktionsschluss für Ausgabe 4/2020:
25. November 2020

Mitgliedsbeitrag/Spenden

Der Verband Familienarbeit e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Sowohl die Mitgliedsbeiträge als auch Spenden sind steuerlich absetzbar (nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG und § 3 Nr. 6 GewStG laut Feststellungsbescheid des Finanzamtes Villingen-Schwenningen vom 23.01.2019, Steuer-Nr.: 22102 / 64112).

Bis zu einem jährlichen Gesamtbetrag von 200 Euro gelten als Nachweis die Kopien Ihrer betreffenden Bankauszüge.

Der Verband finanziert sich (neben der ehrenamtlichen Arbeit) ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir bitten deshalb sehr um Ihre Spende und sagen herzlichen Dank dafür!

Volksbank Schwarzwald Baar Hegau
IBAN: DE47 6949 0000 0025 4109 04
BIC: GENODE61V51



Yuval Noah Harari

21 Lektionen für das 21. Jahrhundert

C.H. Beck Verlag, 2019 | 528 Seiten, 14,95 € | ISBN 978-3-406-73968-2

Harari zeigt sehr deutlich die Gefahren auf, die mit der zunehmenden Digitalisierung verbunden sind. Die sogenannte KI = Künstliche Intelligenz arbeitet mit Algorithmen. Menschliche Gefühle sind ihr fremd. Viele Berufe werden in Zukunft durch KI ersetzt. Das wirft die Frage auf, was wir heute tun müssen, damit wir morgen physisch überleben und dabei psychisches Wohlergehen garantieren können. Zu Beginn des 21. Jh. ging man davon aus, dass sich durch die Globalisierung der ökonomische Wohlstand über die ganze Welt verbreiten würde und weltweit alle davon profitieren. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die KI mache seiner Ansicht nach den ökonomischen Wert und die politische Macht der meisten Menschen zunichte. Die Kluft zwischen Arm und

Reich wachse. Ohne globale Zusammenarbeit sei die menschliche Existenz weltweit bedroht. Für ihn ist Kindererziehung die wichtigste und herausforderndste Tätigkeit, die bezahlt werden müsse. Er erwägt auch die Frage, ob alle Menschen ein Grundeinkommen erhalten sollen oder allgemeine Grunddienstleistungen von den Regierungen kostenlos gestellt werden müssten.

Weiterhin sieht er die Gefahr der „Datensaugung“. Er gibt zu bedenken: Wem gehören diese und was geschieht damit?

Alles in allem kein Buch zum einfachen „Weglesen“. Aber es werden all die Themen angesprochen, die uns heute schon beschäftigen sollten, weil wir morgen davon betroffen sind.

■ Wiltraud Beckenbach



Imke Müller-Hellmann

Leute machen Kleider

Eine Reise durch die globale Textilindustrie

Osburg Verlag, 2017 | 284 Seiten, 20,- Euro | ISBN 9783955101411

„Was wäre, wenn aus dem Schrank die Menschen klettern würden, die die Kleider hergestellt haben?“ Um diese Menschen kennenzulernen, reist die Autorin zu den Herstellungsstätten ihrer Lieblingskleidung und trifft Verantwortliche in der ganzen Welt. Wie global vernetzt die Textilindustrie arbeitet, erfährt die Autorin durch ihre unermüdlichen Recherchen und hartnäckigen Anfragen per Mail und Telefon.

Bei der Führung durch die Fabrik, in der ihre Unterhose hergestellt wurde, kommt sie in einen Raum mit über 100 Strickmaschinen, der die ganze Etage ausfüllt. Die Strickmaschinen sind rund, haben auf knapp über Kopfhöhe 30 bis 80 Garnrollen montiert, die wie ein großer, mehrschichtiger Heiligenschein über den Kreis der 2000 Nadeln gespannt sind.

Mit dem Besitzer einer Textilfirma in Hongkong und seiner chinesischen Frau verabredet sie sich in Kronberg am Taunus. Die Autorin ist mit dem Schlafsack unterwegs, weil sie bei einer Freundin übernachten will. Aber als sie merkt, dass der Treffpunkt ein Luxushotel ist, möchte sie den Schlafsack lieber nicht mit hineinnehmen und versteckt ihn kurzerhand in einem Rhododendrongebüsch auf dem dazugehörigen Golfplatz. Das Gespräch mit den beiden dauert lange und so muss sie ihren Schlafsack mitten in der Nacht im Stockdunkeln wieder dort herausholen. Als sie die Firma in China besucht, in der ihre

Jacke hergestellt wurde, 10.000 km von zu Hause entfernt, begegnet ihr ungläubiges Staunen: „ein Manager schlägt sich lachend auf den Oberschenkel, zündet kopfschüttelnd eine Zigarette an.“ Aber sie wird nicht eingelassen, wie übrigens in einigen anderen Firmen auch. An der Pforte kann sie nur mit einer Managerin sprechen, die zuerst misstrauisch abblockt, aber dann doch ein paar Fragen beantwortet.

In Hanoi trifft sie den deutschen Chef einer Textilfirma. Übernachten kann sie für eine Woche bei zwei Frauen, Mutter und Tochter, im 19. Stock eines Hochhauses. Die beiden bieten das Zimmer der Tochter über eine Internetplattform an und der Ausblick von hier oben ist gigantisch. „Tagsüber die Baumwipfel der Straßen wie grüne Schneisen zwischen den Häuserminiaturen und nachts das unter einem diesigen Himmel liegende, in Verkehrsrauschen und Hupen getauchte großstädtische Lichtermeer.“

Auch wenn sie nicht überall willkommen ist, kann sie doch an manchen Orten Einblicke in die Arbeitsabläufe bekommen. Einige der SpinnerInnen, NäherInnen und TextilveredlerInnen lernt sie persönlich kennen und befragt sie über ihre Arbeit, Freizeit, Wünsche und Träume. Die sehr persönlichen Beschreibungen der Autorin über die fremdländischen Kulturen und Lebensweisen bereichern das Buch zusätzlich.

■ Monika Kuhn

OXFAM – noch eine Studie mit fragwürdigem Nährwert

In vielen deutschen Städten gibt es Oxfam-Läden. Das sind Secondhand Shops für Textilien, Porzellan und Bücher, in denen zahllose Ehrenamtliche arbeiten. Gegründet wurde die Bewegung 1942 in Oxford gegen die Hungersnot in Griechenland (FAMine relief) während der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg. Die Anzahl der Läden wuchs stetig; die Arbeit von Oxfam geht weit über die Läden hinaus. Inzwischen ist Oxfam eine große Nichtregierungsorganisation (NGO), die in zahlreichen armen Ländern auch zusammen mit anderen NGOs Hilfe leistet.

Zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos im Januar 2020 veröffentlichte Oxfam eine viele Seiten starke Broschüre „Time to Care“ mit Hinweisen auf den unverschämten Reichtum von Wenigen und das haarsträubende Elend von vielen Armen, besonders von Frauen. Care Work, wie die meist unbezahlte und auf jeden Fall unterbezahlte Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit neuerdings heißt, wird überwiegend Frauen abgefordert und auch von ihnen geleistet.

Anschaulich dargestellt wird die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zwischen einzelnen Ländern und Bevölkerungsgruppen. Demnach verdienen Frauen nach wie vor im Durchschnitt 23 % weniger als Männer. Frauen haben weltweit zu 65 % keine Absicherung im Alter. Auf die Gesamtarbeitszeit bezogen bekommen Männer 80 % ihrer Arbeit bezahlt, die Frauen aber nur 41 %, da sie den Löwenanteil der unbezahlten Pflege- und Fürsorgearbeit leisten. Wir nennen es Familienarbeit.

Und was fordert Oxfam International?

Höhere Ausgaben für die öffentliche Kinderbetreuung, damit die Frauen ein Einkommen aus Erwerbsarbeit erzielen können! Das ist wahrlich wenig originell! Eine aktuelle Bertelsmann-Studie belegt, dass es vor allem die Mütter sind, die „im Leben zwei Drittel weniger verdienen als kinderlose Frauen“. Aber auch den Autorinnen dieser Studie fällt nichts anderes ein, als nach mehr Fremdbetreuung zu rufen, sprich Familie tendenziell abzuschaffen.

Oxfam vergleicht den Wert der unbezahlten Pflege- und Fürsorgearbeit der Frauen und Mädchen mit dem Umsatz von Apple, Google und Facebook. Dieser Vergleich hinkt. Löhne, bezahlte oder fiktive, lassen sich nicht mit Umsätzen von Konzernen vergleichen, seien sie klein oder groß. Umsätze

enthalten alle Kosten, auch Lohnkosten. Der zitierte Vergleich ist im gutgemeinten Sinn der Arbeit von Oxfam interessant wegen der horrenden Größenordnung. Oxfam führt für den Wert der bezahlten Carearbeit weltweit mindestens 11 Billionen Dollar an. Vergleiche mit den unbezahlten Care-Leistungen von Frauen und Mädchen lassen sich nicht einmal ansatzweise anstellen. Dazu fehlen Angaben über die Zahl der helfenden Frauen. Sowohl für Entwicklungsländer als auch für Industriestaaten lässt sich die Höhe eines fiktiven Einkommens nicht mal schätzen.

Oxfam beklagt, dass der Wert der Fürsorge- und Hausarbeit gesellschaftlich und ökonomisch nicht anerkannt wird. Der jetzige Zustand bezüglich der unbezahlten Fürsorge- und Pflegearbeit wird gründlich analysiert.

In meiner Vorstellung von einer perfekten Welt sind wir alle gleichberechtigt, aber ganz bestimmt nicht gleich.

Barbra Streisand

Zusätzlich zur internationalen Time to Care Broschüre gab Oxfam Deutschland eine Ergänzung heraus: eine DIN-A4-Broschüre von 14 Seiten mit dem Titel „Im Schatten der Profite – Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft“. Oxfam schreibt: „[...] es sollte selbstverständlich sein, dass die Bedeutung von Pflege- und Fürsorgearbeit anerkannt wird und auch unbezahlt Pflegenden weder jetzt noch in Zukunft aus ihrem Engagement Nachteile entstehen [...] Die meisten Beschreibungen von Wirtschaft blenden [...] systematisch aus. Diese Arbeit gilt als unproduktiv, nicht wertschöpfend und letztlich außerökonomisch.“ (Seite 5)

Das Anliegen von Oxfam ist, Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zu verringern, weil Ungleichheit Armut bewirkt.

Interessant ist auch, welche Anmerkungen Oxfam zu Stereotypen macht. Dass Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Frauenarbeit ist, sei ein Stereotyp, welches die Arbeitsteilung in der Familie beeinträchtigt.

Selten genug findet man in der übrigen Literatur den Hinweis auf folgenden Zusammenhang: „Die Abwertung der Pflege- und Fürsorgearbeit betrifft zudem diejenigen, die diese Tätigkeiten professionell ausüben. In zahlreichen Ländern wird sie, obwohl oftmals komplex und körperlich anstrengend,

auch als Erwerbsarbeit gering geschätzt und entsprechend schlechter bezahlt als Arbeit mit ähnlichen Anforderungen in anderen Berufen.“ (S.5)

Die Angaben zu Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland auf den Seiten 10 und 11 der Broschüre sind gut lesbar dargestellt.

Auf Seite 11 folgt jedoch eine Einschätzung, die Kritik herausfordert: „Eine materielle Anerkennung von Pflege und Fürsorge kann über Be- oder Entlohnung erfolgen. Dies geschieht direkt, indem die Arbeit von professionell Pflegenden besser bezahlt und ausgestattet wird und indirekt über die sozialen Sicherungssysteme, die all jene, die unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit leisten, absichern. Zentrale Elemente sind universelle Renten, die unbezahlt Pflegenden nicht für fehlende Beiträge bestrafen, und Kindergeld, das allen zugutekommt, die sich um Kinder kümmern.“

Zu fragen ist: Reicht eine universelle Rente aus als Ausgleich für entgangenen Erziehungslohn? Was ist mit all den Frauen, die weltweit ohne soziale Sicherungssysteme leben? Und wieso kommt Kindergeld allen zugute, die sich um Kinder kümmern? Die Autoren, die diesen wissenschaftlichen Bericht verfasst haben, sollten wissen, dass Kindergeld keine besondere Förderung von Familien ist, sondern die verfassungsrechtlich gebotene Freistellung des Sachbedarfs eines Kindes, mit dessen Betreuung also nichts zu tun hat.

Oxfam macht eine Reihe von Vorschlägen für Deutschland und weltweit, wie Ungleichheit und Verarmung zu bekämpfen seien. In keinem Vorschlag wird jedoch die direkte Bezahlung der Familienarbeit ernstlich erwogen. Es geht wie immer nur um mehr Geld für außerhäusliche Betreuungs- und Pflegearbeit und um Familienersatz.

■ *Monika Bunte und Wiltraut Beckenbach*

Lit: Oxfam Deutschland „Im Schatten der Profite“, auch im Internet

Ein Volk steht und fällt mit seinen Müttern!

nach Friedr. v. Schiller